

»Der entscheidende Schlag«: Operation Luxor aus Perspektive der Intelligence Studies

Thomas Riegler

Die Operation Luxor ist im Kontext der österreichischen Antiterrorpolitik so etwas wie eine Anomalie. Das Vorgehen steht im Gegensatz zur jahrzehntelang praktizierten Duldung von Organisationen und religiösen Vereinen, die in anderen Ländern mitunter unter dem Verdacht der Terrorismusfinanzierung oder -förderung stehen. Diese tolerante Haltung Österreichs war Teil eines insgesamt passiven Umgangs damit. Terroristischen Gruppen sollte so ein Anreiz geboten werden, auf Anschläge in Österreich zu verzichten. Auch wenn diese informelle Doktrin bereits seit Anfang der 2000er Jahre deutliche Risse erhielt, stellte die Großoperation Luxor im Jahr 2020 einen symbolischen Bruch mit der Vergangenheit dar – handelte es sich doch laut einigen Darstellungen »um den größten Polizeieinsatz in Friedenszeiten seit 1945« (Hafez 2022: 94).

Mittlerweile wurde die Amtshandlung nicht nur 2021 vom Oberlandesgericht Graz als teils rechtswidrig bewertet, keiner der Beschuldigten kam in Untersuchungshaft noch wurde bis dato jemand angeklagt. Anfang 2023 waren bei insgesamt knapp 100 Beschuldigten mehr als 20 Verfahren eingestellt (vgl. Marchart 2023). Im Missverhältnis dazu steht der personal- und ressourcentechnisch hohe Einsatz. Dieser schwächte die Ressourcen des Verfassungsschutzes so sehr, dass im Vorfeld des Anschlags von Wien am 2. November 2020 eine geplante präventive Maßnahme gegen den späteren Attentäter verschoben wurde. Angesichts dieser Bilanz muss die Frage gestellt werden, warum die Operation Luxor überhaupt stattfand. Welche Rolle spielten innenpolitische Motive oder Druck seitens auswärtiger Akteure? Im vorliegenden Beitrag werden diese Überlegungen anhand der Darstellung der österreichischen Antiterror-Doktrin und eines historischen Abrisses der jihadistischen Bedrohung kontextualisiert.

Die bisherige österreichische Anti-Terror-Doktrin

Die Zweite Republik ist im Verlauf ihrer Geschichte mehrfach zum Schauplatz terroristischer Gewalt geworden. Abgesehen von immer wieder virulentem Rechtsterrorismus, Gewalt im Zusammenhang mit dem Kampf um Minderheitenrechte (Südtirol, Kärnten) und sporadischem Linksterrorismus (Palmers-Entführung 1977, Anschlag von Ebergassing 1996) war Terrorismus vor allem das Werk ausländischer Akteure auf österreichischem Boden: Armenische und kurdische Gruppen verübten in den 1970er und 1980er Jahren mehrere Attentate gegen türkische Ziele. Immer wieder gefährdet waren auch jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion, die über Österreich nach Israel emigrierten.

Schwerwiegend war die OPEC-Geiselnahme (1975), die einem Machtkampf innerhalb des Erdölkartells geschuldet war. Besonders lustreich gestalteten sich Anschläge der Abu-Nidal-Organisation (ANO), die auf diese Weise gegen die politische Förderung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) durch Bundeskanzler Bruno Kreisky vorging. Der Mord an Stadtrat Heinz Nittel (1981), der Überfall auf die Wiener Synagoge (1981) und das Attentat am Flughafen Wien (1985) sollten Österreich von der Linie abbringen, die PLO politisch zu »normalisieren«. Und schließlich erlebte man immer wieder staatsterroristische Mordaktionen – an drei kurdischen Politikern (1988) und an dem tschetschenischen Flüchtling Umar Israilov (2009) (vgl. Riegler 2011: 26–33).

Im Unterschied zu den heutigen amorphen jihadistischen Netzwerken setzten östliche und arabische Geheimdienste während des Kalten Krieges Terroristen quasi zur Fortsetzung der Politik »mit anderen Mitteln« ein. Dieser gesponserte Terrorismus bot auch die Möglichkeit für diskrete Diplomatie. So profitierte Österreich von Informationen der PLO und dem Vertrauensverhältnis Kreiskys zum »Dienstherrn« Abu Nidals, Libyens Staatschef Muammar al-Gaddafi. Generell hatten Terroristen wenig zu befürchten, solange die Lage in Österreich ruhig blieb. Offiziell hat es eine solche Strategie zur Terrorvermeidung freilich nie gegeben, inoffiziell aber sehr wohl: Um nach der Anschlagsserie der ANO weitere Gewalt zu verhindern, ließ man zwischen 1988 und 1993 wechselnde »Botschafter« der ANO in Wien wohnen und stellte medizinische Hilfsgüter bereit. Darüber hinaus konnten sich Familienangehörige Abu Nidals im Wiener Allgemeinen Krankenhaus (AKH) Operationen unterziehen (vgl. Riegler 2012: 150–154).

Vergleichsweise ähnlich war die Vorgangsweise gegenüber Geheimdiensten, die in Österreich seit den Anfängen des Kalten Krieges wegen der hohen Dichte an internationalen Organisationen besonders aktiv sind. Spionage ist nur dann strafbar, wenn sich diese gegen Österreich selbst richtet. »Hier hat sich alles getroffen«, erzählte ein ehemaliger Staatspolizist dem Magazin *profil*. Die Behörden unterhielten zu allen Seiten gute, informelle Kontakte: »Man redete sich auf Beamtenebene und bei einem Glaserl zusammen. An der Politik lief vieles vorbei« (Meinhart 2005: 108).

Die beschriebene Toleranz erstreckte sich auch auf die Tätigkeit von politischen und religiösen Organisationen, denen es ermöglicht wurde, in Österreich eine legale Basis zu eröffnen. 2005 meinte der Journalist Rainer Nowak dazu kritisch:

»Auf extreme politische Gruppierungen, egal ob gerade kurdischer oder arabischer Provenienz, wird kein Druck ausgeübt, damit verhindert man Radikalisierung und Aggression. An diesem ungeschriebenen Gesetz orientiert sich die aktuelle Sicherheitspolitik noch immer: Man habe den Extremisten das Wasser abgegraben, heißt es im Innenministerium heute stolz« (Nowak 2005).

Kritischer formulierte es der deutsche Experte Rolf Tophoven im Jahr 2004: Österreich sende »quasi stille Signale an die Extremisten, das Land außen vor zu lassen« (Schmid/Staudinger 2004: 27).

So wurde 1976 ein PLO-Verbindungsbüro genehmigt, das man Ende Jänner 1977 bei den in Wien ansässigen internationalen Organisationen plazierte. Bereits im Oktober 1978 wurde der Büroleiter Ghazi Hussein als offizieller Beobachter bei der UN-Entwicklungshilfeorganisation (UNIDO) mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Diplomaten in Österreich (vgl. Riegler 2021: 201). Ebenso durfte die Nationale Befreiungsfront Kurdistan (ERNK), die politische Dachorganisation der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), 1995 in Wien ein Büro eröffnen. Die ERNK, hieß es 1998 in einem Bericht der Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT), »fungiert vor allem als Propaganda-Organisation der PKK«. An der Basis würde die ERNK diverse kurdische Vereine benutzen, »indem sie ihre Arbeit bestimmend in Richtung PKK beeinflusst« (Hamann/Vašek 1999: 68). Die Behörden blieben aber bei der toleranten Haltung und wären nur eingeschritten, wenn »strafbare Handlungen sichtbar geworden wären«, wie der damalige Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Michael Sika, in seinen Memoiren schreibt (vgl. Sika 2000: 151). Zwischendurch geriet Innenminister Caspar Einem aber unter Druck. Der Oberste Gerichtshof hatte schon 1994 in einem Urteil festgestellt, dass die PKK (und auch die ERNK) eine »kriminelle Organisation« sei (vgl. Rief/Bitzan 2001). Laut Sika wurde den ERNK-Repräsentanten in »informellen Gesprächen« klargemacht, »dass bei Vorfällen, die mit dieser Stelle in Zusammenhang gebracht werden könnten, eine Schließung in Aussicht gestellt werde« (Sika 2000: 151).

Schon bis in die 1960er Jahre zurück reicht die Präsenz der Muslimbruderschaft in Österreich, als deren Angehörige der Repression durch das Regime von Gamal Abd al-Nasser durch Flucht entkamen. Während sich die ägyptischen Mitglieder vor allem in Graz niederließen und sich auf ägyptische und internationale Angelegenheiten konzentrierten, zog es die syrischen Brüder nach Wien, wo sie eine effektive Vernetzungsarbeit betrieben (vgl. profil 2020: 21). Vom Staat wurden sie dabei weitgehend in Ruhe gelassen (vgl. Kurier 11.11.2014). Bis zum Start der ersten Ermittlungsschritte in Sachen Operation Luxor Anfang 2018 kam die Muslimbruderschaft

in keinem der Jahresberichte des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) vor (vgl. Thalhammer 17.06.2021).

Die Entwicklung der jihadistischen Bedrohung in Österreich

Mit dem Ende des Kalten Krieges (1989) begann der radikale Islamismus die vorher dominanten terroristischen Bedrohungen für Österreich abzulösen. Das geschah im Zuge des jugoslawischen Bürgerkriegs, als dort zwischen 1991 und 1995 tausende Freiwillige aus arabischen Ländern und dem Iran auf Seiten der muslimisch-nationalistischen Regierung kämpften. In Österreich selbst wurde ab Ende der 1990er Jahre festgestellt, dass die Predigten in gewissen Moscheen radikaler wurden. In strafrechtlich relevanter Hinsicht verhielten sich islamistische Kräfte aber großteils »unauffällig«, womit für polizeiliches Einschreiten die Grundlage fehlte. Während nach 2001 in anderen westlichen Ländern aktiv an der Identifizierung und Zerschlagung jihadistischer Netzwerke gearbeitet wurde, blieb es in Österreich bei stiller Beobachtung – »nach dem Motto: Die Aktivisten sollen sich anständig benehmen und die Alpenrepublik mit Anschlägen verschonen, dafür stellen die Behörden ihren Vereinen nicht nach«, meinte *profil* 2004 (vgl. *profil* Nr. 3/2004: 27). Auch nach den Terrorakten von Madrid (2004) und London (2005) wurde »keine direkte Bedrohung« für Österreich abgeleitet. Nur eine »kleine Gruppe« halte man unter Beobachtung, versicherte die damalige Innenministerin Liese Prokop: »Diese Beobachtungen werden auch mit der islamischen Glaubensgemeinschaft besprochen, die ein Interesse hat, die eigenen Reihen von Radikalen frei zu halten« (Meinhart 2005: 108).

Tatsächlich hatten sich in Wien, Oberösterreich, der Steiermark und in Salzburg längst radikal-islamistische Milieus verfestigt. Diese waren laut dem deutschen Experten Guido Steinberg auch über den österreichischen Kontext hinaus einflussreich. So sollen die afghanischen Brüder Jamaluddin Qarat und Farhad Qarat, in Wien lebende Österreicher afghanischer Herkunft, die Ersten gewesen sein, die den salafistischen Jihadismus öffentlich vertraten und bei dessen Transfer nach Deutschland mithalfen. Beide standen in engem Kontakt zu dem bosnischen Imam Nedzad Balkan, der ebenso wie der einflussreiche Prediger Abu al-Khattab in der Sahaba-Moschee in der Lindengasse Nr. 1, unweit der Wiener Stiftskaserne, wirkte. Die Sahaba-Moschee besuchte auch Mohamed Mahmoud, ein 1985 geborener Österreicher mit ägyptischen Wurzeln, der nach Verbüßung einer Haftstrafe 2011 in Berlin »Millatu Ibrahim« gründete, die erste Jihad-Bewegung in Mitteleuropa (vgl. Steinberg 2014: 190f.). Schon im Herbst 2013 wechselten die meisten der Anhänger von Millatu Ibrahim zum sogenannten Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak. Mahmoud, der sich zwischenzeitlich in türkischer Haft befand, stieß erst nach einem Gefangenenaustausch 2014 dazu und arbeitete ab 2014 für die Medienstelle

des IS. Er wurde höchstwahrscheinlich im November 2018 bei einem Luftangriff in Ostsyrien getötet (vgl. Steinberg 2021: 17).

Über Österreich hinaus wirkte auch die bosnische Salafisten-Gemeinde in Wien, die von hier aus ähnliche Gruppen auf dem Westbalkan strategisch, logistisch und finanziell unterstützte (vgl. Wölfel 2014). Insbesondere der serbischstämmige Mirsad Omerovic (»Ebu Tejma«) wurde zwischen 2009 und 2014 zum erfolgreichsten jihadistischen Prediger und Rekrutierer in Österreich (vgl. Steinberg 2021: 10). Seine Netzwerke wurden Ende November 2014 zum Ziel der Operation Palmyra, der bis dahin größten Razzia gegen radikale Islamisten. In Wien, Graz und Linz waren 900 Beamte im Einsatz. Es gab 13 Festnahmen und Hausdurchsuchungen. Das offensive Vorgehen der Sicherheitskräfte markierte nach Meinung von Beobachtern einen Wendepunkt: »Österreich ist nicht länger der gut beheizte Wartesaal für Propagandisten, Krieger und Terroristen, sondern ein ganz normaler europäischer Staat, der gegen Bedrohungen nach einigem Zögern durchaus mit Härte vorgeht. Das ist ein Bruch der bisherigen Tradition, die Chimäre Neutralität auch gegenüber politischen Bewegungen mit terroristischem Arm anzuwenden und sich möglichst aus allem herauszuhalten« (Nowak 2014). Omerovic wurde 2016 zu einer Haftstrafe von 20 Jahren verurteilt – unter anderem, weil er 64 Personen indoktriniert und zur Ausreise in die nahöstlichen Konfliktgebiete bewogen hatte (vgl. Gepp 2015: 12f.). Sein bosnisches Netzwerk soll eine komplette Logistikkette für Auslandskämpfer aufgebaut haben, von der Anwerbung über den Transport bis hin zur Aufnahme in Syrien (vgl. Wetz 2014).

Dieser »Jihad-Tourismus« verstärkte sich nach Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs (2011) und dem Erstarken des IS. Bis Januar 2021 versuchten 334 Personen, aus Österreich nach Syrien auszureisen. Von diesen wurden 63 von den Behörden am Verlassen des Landes gehindert. 95 Personen kehrten bisher zurück, 72 sind vermutlich tot und 104 noch in Syrien, im Irak oder in deren Nachbarstaaten. Im Vergleich zu Deutschland war die Zahl der Ausreisenden umgelegt auf die Gesamtbevölkerung fast doppelt so hoch (vgl. Steinberg 2021: 14). Im westeuropäischen Vergleich lag Österreich hinter Belgien und Dänemark auf den vordersten Plätzen bei den Jihad-Freiwilligen (vgl. Binder 2014). Einerseits erklärte sich dieser Umstand damit, dass es von Österreich verhältnismäßig einfach war, über Bosnien in die Türkei zu gelangen, um dann dort entlang der 800 km langen Grenze in Syrien »einzusickern«. Andererseits wiesen die österreichischen Jihad-Freiwilligen eine spezifische Zusammensetzung auf: »Bei einem wesentlichen Teil der aus Österreich nach Syrien reisenden Personen handelt es sich um österreichische Staatsangehörige, deren Familien aus Südosteuropa und der Westbalkan-Region stammen. Personen mit fremder Staatsbürgerschaft (insbesondere Personen aus der Kaukasus-Region), welche über einen gültigen Aufenthaltstitel in Österreich verfügen, stellen den größten Anteil« (Bundesministerium für Inneres 2014: 50).

Die zunehmende transnationale Vernetzung der österreichischen Szene und die Auslandsaktivitäten förderten auch das Terrorrisiko im Inland: Anfang 2015 sprach Mohamed Mahmoud eine Anschlagsdrohung per Video gegen Österreich aus. Am 20. Jänner 2017 wurde der albanischstämmige Lorenz K. in Wien festgenommen, weil er einen 12-jährigen Deutschen über WhatsApp dazu angestiftet hatte, einen Selbstmordanschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Ludwigshafen zu verüben. Außerdem wollte K. eine junge Frau aus Aachen zu einem gemeinsamen Selbstmordattentat überreden. Ursprünglich hatte es geheißen, K. hätte einen Anschlag auf die Wiener U-Bahn geplant. Anfang 2017 richtete sich dann eine weitere Großrazzia, die Operation Josta, gegen Gruppierungen in Wien und Graz, die ihre Anhänger dazu motivieren wollten, in Österreich eine Parallelgesellschaft nach dem Vorbild des IS zu errichten (vgl. Schliefsteiner 2018).

Während nach 2015 Jihadisten in zahlreichen europäischen Großstädten Attentate verübten, blieb Wien zunächst verschont. Das änderte sich am 2. November 2020: Um 19.59 Uhr schoss Kujtim Fejzula, ein 20-jähriger österreichisch-nordmazedonischer Doppelstaatsbürger, mit einem Zastava-M70-Sturmgewehr und einer Pistole insgesamt 80-mal auf Passanten und Besucher von Bars im »Bermudadreieck«, einem beliebten Ausgehviertel von Wien (vgl. Zarinfard 2021: 55). Vier Tote und 22 Verletzte waren an sechs Tatorten in einem Radius von 75 Metern zu beklagen (vgl. Sulzbacher 2021). Eigentlich soll Fejzula ein französisches Lokal in der nahen Mark-Aurel-Straße im Visier gehabt haben, das aber geschlossen hatte. Das deutet auf einen Zusammenhang mit der im Herbst 2020 wieder aufgeflammteten Auseinandersetzung rund um die Mohammed-Karikaturen in Frankreich hin (vgl. Reibenstein/Oezelt 2021). Fejzula hatte zuvor zweimal erfolglos versucht, als Jihad-Freiwilliger in die Konfliktgebiete im Nahen Osten zu reisen. Er steht für einen jungen, unberechenbaren *homegrown*-Tätertypus, der sich von außen angeleitet und inspiriert, jederzeit zum Handeln entschließen kann (vgl. Hoisl/Meinhart/Neuhold 2021: 19).

Die jihadistische Szene in Österreich wird aktuell auf zwischen 70 und 150 besonders gefährliche Personen geschätzt (vgl. Steinberg 2021: 19). Von der Muslimbruderschaft ging in diesem Zusammenhang kein nachweisbares Risiko aus. Auch das Oberlandesgericht Graz befand 2021, dass die bisherigen Ergebnisse der Operation Luxor nicht den Verdacht rechtfertigten, dass die Organisation die Merkmale einer Terrororganisation aufweise (vgl. Thalhammer 04.08.2021).

»Kampf gegen den politischen Islam«

Die Genese der Operation Ramses/Luxor begann im Jänner 2018, als noch unter Innensenminister Herbert Kickl (FPÖ) eine Muslimbruderschaft-Arbeitsgruppe eingerichtet wurde (vgl. Thalhammer 17.06.2021). Ab Mitte Mai 2018 – wenige Wochen nachdem BVT-Direktor Peter Gridling infolge der Hausdurchsuchung in BVT am

28. Februar 2018 suspendiert worden war – soll sich das Analyse-Referat des BVT »plötzlich« auf die Muslimbruderschaft konzentriert haben – »so sehr, dass andere Referate über mangelnde Informationen für ihre eigenen Tätigkeiten stöhnen«, wie im *Standard* berichtet wurde (Schmid 17.06.2021). Mehrere Staatsschützer bezeichneten diese Strukturermittlungen als »politisch motiviert«:

»Sie hätten keinen Anfangsverdacht erkennen können und das gegenüber ihren Vorgesetzten so formuliert. Ihre Einwände wurden nicht beachtet: Sie mussten den Anweisungen Folge leisten.« (Thalhammer 2023: 14) Mitte 2021 erstatteten die Kritiker deswegen sogar Anzeige gegen ehemalige Vorgesetzte (vgl. Thalhammer 17.06.2021).

Offizieller Ermittlungsstart war am 30. August 2019, als die Staatsanwaltschaft Graz die ersten beiden diesbezüglichen Anlassberichte des Landesamts für Verfassungsschutz (LVT) Steiermark erhielt und noch am selben Tag eine entsprechende Anordnung an das LVT Steiermark zurückschickte (vgl. Parlament 2.4.2021: 1). Einer der Anlassberichte bezog sich auf Videobilder eines Treffens von vermeintlichen Aktivisten der Muslimbruderschaft in Wien im April 2014. Darauf waren Dutzende Männer mit schräg von sich gestrecktem rechtem Arm zu sehen, was zunächst als Hitlergruß interpretiert wurde (tatsächlich handelte es sich um den Rabia-Gruß, ein Symbol des Widerstands gegen die Machtübernahme durch das Militär in Ägypten) (vgl. Gaigg/Marchart, 10.02.2021). Außerdem gingen wesentliche Informationen auf einen anonymen Hinweisgeber zurück, der selbst Beschuldigter ist und durchscheinen ließ, dass er vieles nur vom Hörensagen wusste (vgl. Marchart 2023). Dass der fallführende Staatsanwalt in Graz als »Feind jeglicher Extremisten« gilt, war auch ein Faktor, der den Gang der Ereignisse beeinflusste. So ließ er 2022 gegen einige Beschuldigte wegen Nötigung ermitteln, weil sich diese gegen die Terrorismusvorwürfe zum Teil erfolgreich mit Klagen gewehrt hatten (vgl. Klenk 2022).

Aber auch wenn die Staatsanwaltschaft Graz das Ermittlungsverfahren führte und die Sicherstellungen im Rahmen der Operation Luxor anordnete, so agierte sie in keinem luftleeren Raum. Die österreichische Innenpolitik hatte bereits über einen längeren Zeitraum vor der Operation Luxor eine zunehmend islamkritische Schlagseite. Und zwar seitdem neben der FPÖ auch die »türkise« ÖVP damit taktierte, mit einem generell harten Kurs in Sachen Integration Stimmen aus dem rechten Wählerspektrum an sich zu binden. Bereits am Abend des 18. April 2011, als Sebastian Kurz das Angebot erhielt, Integrationsstaatssekretär zu werden, skizzierte er mit seinem Berater Stefan Steiner die spätere »Migrationslinie«. In jener Nacht zur Sprache kamen »spätere türkise Kassenschlager« wie Deutscher Pflicht in Moscheen und der »Kampf gegen den vielzitierten politischen Islam«, so der Journalist Klaus Knittelfelder (Knittelfelder 2020: 51f.). Das Islamgesetz von 2015 verbot dann auch unter anderem die Auslandsfinanzierung von religiösen Funktionsträgern und schrieb die Darstellung von Lehre und Glaubensquellen in deutscher Sprache vor.

Anfang 2016 planten der nunmehrige Außenminister Kurz und sein engster Kreis, wie sich ein Wechsel an die ÖVP-Parteispitze, gefolgt von raschen Nationalratsneuwahlen, bewerkstelligen lassen könnte. Sämtliche Schritte wurden im sogenannten »Projekt Ballhausplatz« festgehalten. Darin fand sich neben strategischen Grundlagen auch der Unterpunkt: »Muslimbruderschafts-Studie & Salafisten-Studie (in Planung)«. Eine solche Studie zur Muslimbruderschaft wurde im folgenden Wahlkampf 2017 veröffentlicht. Auf diese bezogen sich später die Ermittler in der Operation Luxor. Zur Co-Finanzierung von 80.000 Euro trug vor allem der Integrationsfonds bei, 10.000 Euro steuerte der Verfassungsschutz bei (vgl. Marchart 18.07.2022). Fast zeitgleich forderte der damalige ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka im September 2017 einen neuen Inlandsgeheimdienst, der die Muslimbruderschaft und andere radikalislamische Strömungen auskundschaften sollte (vgl. orf.at 2017).

Vertraute von Kurz wiederum dachten über einen strengen Kurs in Sachen Migration nach. »Ich glaube, wir müssen wieder paar fremdenrechtliche Knaller vorbereiten :-))«, soll der Kurz-Berater Steiner, damals Sektionschef im Außenministerium, am 19. September 2016 an Michael Kloibmüller, damals Kabinettschef im Innensenministerium, geschrieben haben. Dieser soll geantwortet haben, dass solche »Knaller« kommen würden. (Standard 20.01.2022).

Der »Kampf gegen den politischen Islam« fand sich dann auch prominent als eine von vier Zieldefinitionen im Kapitel Integration im ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm »Zusammen. Für unser Österreich« vom Dezember 2017 (vgl. Regierungsprogramm 2017:37). Weitere Akzente setzte man bereits im Frühjahr 2017 mit strengeren Integrationsregeln und Wertekursen sowie 2018 mit dem Verbot von Symbolen der Hamas oder des Wolfgrußes der türkischen Grauen Wölfe (vgl. Thalhammer 29.06.2022). Medial groß inszeniert wurden Moscheenschließungen: Am 8. Juni 2018 wurde die Schließung von sieben Moscheen in Wien, Oberösterreich und Kärnten, die Ausweisung aller 65 Atib-Imame sowie die Auflösung der Arabischen Kultusgemeinde bekannt gegeben (vgl. Ichner 2021). Diese Auflösung wurde 2019 für rechtswidrig erklärt, die Moscheen allesamt wieder geöffnet (vgl. Kocina 2019). Vier Tage nach dem Terroranschlag 2020 wurde das Schließen der Tewhid-Moschee in Wien-Meidling verkündet, weil sich der Attentäter dort radikaliert haben soll. Auch dieses Bethaus durfte 2021 wieder aufsperren (vgl. orf.at 2021). Waren die ersten Schritte auf dem Weg zur späteren Operation Luxor unter der dezidiert islamkritischen FPÖ gesetzt worden, so änderten sich nach den Nationalratswahlen am 29. September 2019 die Rahmenbedingungen. Die Stoßrichtung blieb aber auch unter der türkis-grünen Koalitionsregierung dieselbe. 2020 wurde der Österreichische Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischem Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam) eingesetzt, die »den Politischen Islam wissenschaftlich dokumentieren und erforschen« soll. Diese Einrichtung erlangte vor allem Aufmerksamkeit durch die umstrittene »Islamlandkarte«, die 623 muslimische

Organisationen, Verbände und Moscheen mit ihrem jeweiligen Hauptsitz vermerkte. Einer der mittlerweile wegen des Anscheins von Befangenheit entthobenen Gutachter der Operation Luxor war 2020 in den Beirat der Dokumentationsstelle aufgenommen worden (vgl. Marchart 18.07.2022). Die Operation Luxor war insofern Kulminationspunkt eines längeren Prozesses, in dessen Verlauf der lange ignorierter politische Islam gezielt zu einem Kampfthema verbrämt wurde.

Interessen Dritter an der Operation Luxor

Dieses hier skizzierte innenpolitische Kalkül dürfte sich darüber hinaus mit den Interessen Dritter verbunden haben. Worin könnten eben diese bestanden haben? Schon in der Vergangenheit hat es immer wieder Kritik am laxen österreichischen Umgang mit Terrorismusfinanzierung gegeben. Insbesondere die USA taten sich hervor. Einer der ersten Fälle betraf die in Wien-Wieden angesiedelte Third World Relief Agency (TWRA). Laut westlichen Geheimdiensten hatte die TWRA eine Schlüsselrolle dabei gespielt, die jihadistischen Kräfte im Bosnien-Krieg finanziell und mit Waffenlieferungen zu unterstützen. Die TWRA war 1987 von den sudanesischen Brüdern Fatih und Sukarno Hassanein gegründet worden. Laut zahlreicher Untersuchungen war die TWRA eine der wichtigsten Nachschubkanäle, nachdem die UNO 1991 ein Waffenembargo für Jugoslawien verhängt hatte. Zwischen 1992 und 1995 sollen 350 Millionen US-Dollar auf ein Konto der Organisation bei der Wiener Giro Credit transferiert worden sein (vgl. Lackner/Meinhart/Wölfel 2001: 48). Ursprünglich stammten die Finanzmittel aus dem Nahen und Mittleren Osten, darunter Länder wie Iran, Türkei, Brunei, Malaysia und Pakistan (vgl. Andreas 2004: 42). Die Gelder flossen in den Kauf von ausgemustertem Kriegsgerät. In die Abwicklung involviert war ein Informant der damaligen österreichischen Staatspolizei, Dieter Hofmann. Dieser lieferte mit seinem Flugunternehmen »Flying Tigers« für die TWRA chinesische und russische Waffen aus dem Sudan und Saudi-Arabien nach Slowenien. Als 1993 eine Ladung am Flughafen Marburg aufflog und Hofmann in Bedrängnis kam, sorgte der Leiter der Fremdenpolizei, Gustav Hohenbichler, persönlich für dessen polizeiliche Abmeldung. Dass Hohenbichler selbst Informeller Mitarbeiter (IM) der DDR-Staatssicherheit gewesen war, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht öffentlich bekannt (vgl. profil 2001: 50).

Zacarias Moussaoui, der wegen Verwicklung in die Anschläge vom 11. September 2001 eine lebenslange Haftstrafe verbüßt, gab Ende 2014 an, für Al-Qaida alle Spender in einer digitalen Datenbank erfasst zu haben. In diesem Zusammenhang nannte er auch die TWRA, weil Al-Qaida auch bereits in den bosnischen Jihad verwickelt gewesen war (vgl. Shane 2015). Außerdem wurden Telefongespräche zwischen der TWRA und Abgesandten des wegen geplanter Anschläge in den USA

inhaftierten »blinden Scheichs«, Abdel Rahman, abgehört (vgl. Lackner/Meinhart/Wölf 2001: 48).

In den Memoiren des Ex-Antiterrorberaters im Weißen Haus, Richard A. Clarke, klingt deswegen viel Frustration durch. Organisationen wie die TWRA hätten Gelder, Arbeitsplätze, Ausweise, Visa, Diensträume und andere Hilfsmittel für die internationale Brigade der arabischen Kämpfer in und um Bosnien beschafft. Trotzdem hätten westliche Regierungen, »auch die amerikanische«, vor dem 11. September 2001 »kein geeignetes juristisches Mittel« gefunden, um gegen Organisationen wie diese vorzugehen (Clarke 2004: 138).

Die Aktivitäten der TWRA waren kein Einzelfall: Bei der Ersten Bank in Wien existierte noch im Jahr 2001 ein Konto der im Sudan registrierten Al Ahamal Islamic Bank, die vom US-Geheimdienst ebenfalls dem Finanznetzwerk von Osama Bin Laden zugerechnet wurde (vgl. Nikbaksh 2001[a]: 56). Ebenfalls 2001 durchleuchtete man nach Veröffentlichung eines US-Dossiers die Gesellschaft Youssef M. Nada & Co. mit Sitz am Kärntner Ring Nr. 2 in der Wiener Innenstadt. Es war Teil einer Operation, die sich gegen einen mutmaßlichen Gefolgsmann von Bin Laden richtete. Die 1970 gegründete GmbH soll zuletzt aber nur Verluste geschrieben haben und hatte kaum Vermögen (vgl. Nikbaksh 2001[b]: 59). Erst 2015 wurde der Inhaber Youssef Nada von der Terrorismusliste des US-Finanzministeriums gestrichen (vgl. Kirkpatrick 2023).

Bereits am 15. Juni 2002 hatte der italienische Geheimdienst ein Gespräch zwischen zwei Jihadisten in Mailand abgehört: »Das Land, von dem alles seinen Ausgang nimmt, ist Österreich«, sagte der Algerier Abderrazak Mahdjoub. »Also ist Österreich eine große Macht geworden«, entgegnete sein Gesprächspartner, der ägyptische Imam Nasr Usama Mustafa Hasan. »Ja, alles verkehrt dort«, sagte Mahdjoub, »dort ist jede Menge Geld im Umlauf« (Meinhart/Treichler 2004).

Nach der TWRA geriet vor allem die Palästinensische Vereinigung in Österreich (PVÖ) ins Zentrum der Aufmerksamkeit. In seinen Memoiren schildert Gert Polli ein Briefing durch die Central Intelligence Agency (CIA) im Rahmen eines Besuchs von Innenminister Strasser 2002 in den USA. »Wien ist ein Hort der Terrorismusfinanzierung«, habe eine Offizielle vorgetragen. »Jetzt hat die Dame meine volle Aufmerksamkeit. Auch der Minister lehnt sich vielsagend vor. Ich denke sofort an die österreichischen Banken, die geparkten Gelder aus der arabischen Welt, die Scheinfirmen und ihre Verbindungen zum Terror und vieles mehr. Dann allerdings bin ich einen Moment lang sprachlos.« Und zwar, weil laut Polli die CIA die PVÖ herausstrich, die Palästinensische Vereinigung in Österreich, die laut Polli damals aus »fünf bis acht Studenten« bestand und Summen in der Größenordnung von »weniger als 1.000 Euro« sammelte (vgl. Polli 2022: 151). Die PVÖ wurde am 22. August 2003 gemeinsam mit vier anderen Wohltätigkeitsorganisationen (aus Frankreich, der Schweiz, dem Libanon und Großbritannien) als Specially Designated Global Terrorists (SDGTs) eingestuft. Das bedeutete, dass Vermögen in den USA eingefroren

und Transaktionen mit US-Bürgern verboten wurden. Aus Sicht der USA unterstützten die PVÖ und die anderen Organisationen die Hamas und waren Teil ihres Finanzierungsnetzwerks in Europa (vgl. U.S. Department of the Treasury 2003).

2003, also just zu jener Zeit, als die PVÖ ins Visier der US-Terrorfahnder geriet, wurde eine weitere Palästinenserorganisation in Wien gegründet: die Palästinensische Humanitäre Vereinigung Österreich (PHV). »Die PHV unterstützt palästinensische Organisationen, die mit der Hamas in Verbindung stehen«, stand in einer Analyse der CIA. Deren Autoren nahmen an, dass es sich um die Nachfolgeorganisation der PVÖ handle (vgl. Apfl 2007). Noch 2003 wurde betont, dass 550.000 Euro jährlich gespendet wurden (laut Bericht vom Frühjahr 2002) (vgl. profil 2003).

Später setzte die Regierung von Donald Trump einen besonderen Schwerpunkt in Sachen Terrorismusfinanzierung und verstärkte einmal mehr den Druck auf Staaten, die aus Sicht der US-Regierung zu wenig taten, um gegen Finanzströme an terroristische Gruppen vorzugehen:

- 2017 wurde das Terrorist Financing Targeting Center (TFTC) gegründet, um die diesbezüglichen multilateralen Anstrengungen der USA speziell in der Golfregion zu verstärken.
- Ebenfalls 2017 klagte Trump Katar als »funder of terror« an, nur um den Emir Tamim Al Thani bereits 2018 wieder wegen entsprechender Anstrengungen im Kampf gegen Terrorismus-Finanzierung zu loben (vgl. BBC News 2018).
- 2018 wurde die Unterstützung für die palästinensische Autonomiebehörde um 200 Millionen Dollar gekürzt (vgl. reuters.com 2018).
- Im September 2019 unterzeichnete Trump eine Präsidentenverfügung (*executive order*), die die Möglichkeiten, Terroristen und ihre finanziellen Unterstützer zu sanktionieren, erweiterte (vgl. Sales 2021).

Insbesondere die Hamas, die als Ableger der Muslimbruderschaft gilt, hatte sich die Gegnerschaft Trumps zugezogen. 2018 setzten die USA den Hamas-Anführer, Ismail Haniyeh, auf die Liste globaler Terroristen. Vorangegangen waren Spannungen zwischen Washington und den Palästinensern, weil Trump Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannte (vgl. Heumann 2018).

Es ist durchaus denkbar, dass im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen auch mit befreundeten europäischen Staaten wie Österreich über Angelegenheiten der Terrorismusfinanzierung gesprochen wurde – vor allem, wenn man die Vorgeschichte bedenkt. Hinzu kam, dass das Verhältnis zwischen den USA und Österreich zu diesem Zeitpunkt generell konfliktgeladen war. Pläne für eine Digitalsteuer, der 5G-Ausbau und die Beteiligung der Österreichischen Mineralöl-Verarbeitungsgesellschaft (OMV) am Nord-Stream-Pipelineprojekt wurden in Washington kritisch gesehen (vgl. Standard 14.08.2020). Für besondere Irritation sorgte aber die Einladung von Wladimir Putin durch die von der FPÖ nominierte

Außenministerin Karin Kneissl zu ihrer Hochzeitsfeier am 18. August 2018. Putin war für rund 90 Minuten zugegen und tanzte mit der Braut. Die Bilder vom anschließenden Knicks Kneissls gingen um die Welt (vgl. Standard 9.04.2019). Beamte im Weißen Haus waren »völlig baff« (»gobsmacked«) angesichts der Hochzeitsbilder, die sowohl die US-amerikanische als auch die EU-Außenpolitik untergraben hätten. Es sei deshalb ein Ziel der US-Außenpolitik gewesen, Länder wie Österreich wieder auf Linie zu bringen. Eine Botschaft an die Regierung in Wien sei gewesen: »Ungeachtet eurer formellen Neutralität, seid ihr Jungs, Teil des Westens. Wir sind keine bloßen Bekannten. Wir sind Alliierte« (Entous 2021).

Das Klima verbesserte sich aber relativ schnell. Im Februar 2020 besuchte Bundeskanzler Kurz das Weiße Haus: Sowohl Vizepräsident Mike Pence, Energieminister Rick Perry als auch Außenminister Mike Pompeo waren anwesend. Es war der erste Besuch eines österreichischen Bundeskanzlers seit Wolfgang Schüssels Visite im Jahr 2005 (vgl. Kurier 23.02.2020). Bei einem gemeinsamen Presseauftritt war Trump voll des Lobes für den »jungen Mann« Kurz und meinte: »Wir werden ein großartiges Treffen und eine großartige Beziehung haben, und unsere Länder haben eine großartige Beziehung« (Tiroler Tageszeitung 21.02.2019). Kurz hatte Trump bereits 2019 für dessen »sehr aktive und auch sehr erfolgreiche Außenpolitik« gelobt (Kurier 16.02.2019).

Am 14. August 2020 stattete Pompeo Wien einen bilateralen Besuch ab. Es war erst das zweite Mal, nach Madeleine Albright 1998, dass ein US-Außenminister Österreich besuchte (vgl. Standard 14.08.2020). Es wurde eine Gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der die »enge Freundschaft« zwischen den beiden Staaten seit 1945 betont wurde. Zudem kündigte Pompeo eine Übereinkunft zur Teilnahme am »State Partnership Program« an, das Kooperation und Erfahrungsaustausch zwischen dem österreichischen Bundesheer und der US-Nationalgarde des US-Bundesstaats Vermont vorsah (vgl. orf.at 2020). Österreich war damit das erste EU-Land, das an diesem Programm teilnahm (vgl. Standard 15.08.2020). Im Vordergrund standen die Bereiche »Cyber-Security, Militärmedizin, Katastropheneinsatz und internationaler Terrorismus«. Solche Partnerschaften werden von den USA nur zwei oder drei Mal im Jahr vergeben (vgl. Bischof 2022). Das entsprechende Abkommen wurde im Mai 2022 von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und dem Gouverneur von Vermont, Phil Scott, unterzeichnet. »Wir sehen es als Türöffner in verschiedenen Bereichen«, sagte Tanner (Standard 13.05.2022).

Einen weiteren begünstigenden Faktor für die Operation Luxor könnte die Entwicklung des Nahostkonflikts dargestellt haben. Von 2017 bis 2021 verlagerten die USA nicht nur ihre Botschaft, sie anerkannten die israelische Souveränität über die Golanhöhen und handelten 2020 die Abraham Accords aus, die die Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Sudan, Bahrain sowie Marokko normalisierten. Das schwächte nicht nur die Position der Palästinenser insgesamt, sondern entzog auch der Hamas wichtige staatliche Unterstützung (vgl.

Ehl 2021). Die Operation Luxor könnte in diesem Zusammenhang einen Beitrag geleistet haben – indem man insbesondere dem Verdacht auf Terrorismusfinanzierung nachging und dabei auf die

»Sammlung von Spenden in Österreich sowie die Übernahme von Zuwendungen aus den Golfstaaten, insbesondere Katar, und die Weiterleitung, mithin Bereitstellung, dieser Spenden und Zuwendungen an die Muslimbruderschaft in Ägypten und die HAMAS im Gazastreifen zur Finanzierung ihrer terroristischen Straftaten« abzielte (StA Graz, 16 St 52119t, ON 263: 39f.).

In dieses Bild passt auch, dass die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage »zahlreiche Gratulationen unter anderem von Amtskollegen und Vertretern aus Deutschland und Israel« in Sachen Operation Luxor erwähnt (Parlament 19.2.2021: 13). Außerdem wurde der nunmehrige Ex-Bundeskanzler Kurz 2022 Vertreter im Beirat des Abraham Accords Peace Institute. Dieses war von Trumps Schwiegersohn und Chefverhandler der Abraham Accords, Jared Kushner, gegründet worden (vgl. Bachner 2022).

Generell erleichternd könnte der gute Draht zwischen Kurz und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu gewirkt haben. Im November 2018, als Österreich den EU-Ratsvorsitz innehatte, lud Kurz etwa zu einer EU-Konferenz gegen Antisemitismus und Antizionismus in Wien ein. Im April 2019 war Kurz dann weltweit der erste Regierungschef, der Netanjahu zu seinem Wahlsieg gratulierte. 2021 bekundeten Israel, Österreich und Dänemark, eine gemeinsame Stiftung zur Bekämpfung von Covid-19 gründen zu wollen (vgl. Schwaiger 2021). 2021 ließ Kurz nach Raketenangriffen auf Israel aus Solidarität die israelische Flagge auf dem Bundeskanzleramt hissen (vgl. Standard 14.05.2021). Das Austrocknen der Finanzierungsströme der Hamas liegt jedenfalls im Sicherheitsinteresse Israels – nicht nur seitdem die Hamas seit 2007 den Gazastreifen beherrscht und von dort aus immer wieder Angriffe auf Israel unternimmt.

Einen weiteren auswärtigen Faktor stellt eine mögliche Zusammenarbeit mit Ägypten dar, wo die Muslimbruderschaft seit dem Militärputsch (2013) als Terrororganisation verboten ist. Im Akt zur Operation Luxor findet sich eine Antwort der Sicherheitsorganisation Interpol Kairo auf eine Anfrage zur Personenfeststellung durch das österreichische Bundeskriminalamt. Die Antwort erging am 10. Dezember 2020. Diese bezog auf einen Imam, der seit Anfang 2020 als Vertretungsimam in Graz tätig war, und zwei weitere Beschuldigte mit ägyptischer Staatsbürgerschaft. Der Imam wurde daraufhin im Juni 2021 auf dem Weg zu einem Familienbesuch in Kairo verhaftet – was die Frage aufwirft, ob und wenn ja, wie eng Österreich mit den ägyptischen Sicherheitskräften kooperiert (vgl. Marchart 13.08.2021). Es wird auch spekuliert, dass die ägyptische Interpol (und damit wohl der Geheimdienst des Landes) ein Hinweisgeber gewesen sein könnte. So wurde im November 2020 die Mitgliedschaft des bereits erwähnten Hauptbelastungszeugen in der Muslimbru-

derschaft bestätigt. »Don't hesitate to contact us«, schrieb damals ein ägyptischer Brigadegeneral an die Kollegen in Österreich (Konzett 2022: 22).

Und schließlich fiel die Operation Luxor zeitlich in den Konflikt zwischen Katar und einer Koalition aus den Vereinigen Arabischen Emiraten (VAE), Saudi-Arabien und Ägypten. Letztere Länder standen Katar zwischen 2017 und 2021 besonders feindlich gegenüber, weil das Emirat aus taktischen Gründen die Muslimbruderschaft unterstützt. Insbesondere die VAE setzten auf eine Kampagne, um die öffentliche Meinung in Europa gegen Katar und die Muslimbruderschaft zu beeinflussen (vgl. Philippin/Rouget 2023). Der damit beauftragte private Schweizer Nachrichtendienst Alp Services bezahlte laut Medienberichten unter anderem den Politologen Lorenzo Vidino für Recherchen. Vidino hatte zuvor die bereits erwähnte Studie zur Muslimbruderschaft für österreichische Stellen verfasst, die auch im Zuge des Luxor-Ermittlungsverfahrens herangezogen wurde (vgl. Kirkpatrick 2023). Belege für eine Einflussnahme der VAE soll es auch im Zusammenhang mit dem 2017 von Österreich ausgegangenen EU-weiten Volksbegehren »Stop Extremism« geben. Dieses hatte sich gegen den »radikalen Islam« gewandt (vgl. Thalhammer 2023: 12).

Operation Luxor und der Terroranschlag von Wien

Wie bereits erwähnt hatte die Staatsanwaltschaft Graz Ende August 2019 den Startschuss zu den Ermittlungen in Sachen Operation Luxor gegeben. Während im BVT selbst Skepsis vorherrschte, hatte das Landesamt für Verfassungsschutz (LVT) Steiermark den Lead in den Ermittlungen – zusammen mit dem LVT Wien. Das BVT war eingebunden, ebenso wie die LVTs Kärnten und Niederösterreich. Bis zur Operation Luxor am 9. November 2020 vergingen »umfangreiche und intensive, über ein Jahr dauernde Ermittlungen«, hieß es von der Staatsanwaltschaft (vgl. Lorenz/Müller/Scherndl 2020). Monatelang wurden die Telefone von Beschuldigten überwacht und Gespräche abgehört. Es summierten sich 21.000 Observationsstunden sowie mehr als 1,2 Millionen Bilder von Zusammenkünften verdächtiger Personen. Laut Belegen wurden die ersten Rechnungen von Mobilfunkanbietern für das Überwachen von Nachrichten und Anrufen Anfang April 2020 an die Staatsanwaltschaft Graz gestellt, die jüngsten Mitte März 2021. Bis April 2022 entstanden dadurch für die öffentliche Hand Kosten in der Höhe von einer halben Million Euro (vgl. Marchart 21.04.2022).

In den Morgenstunden des 9. November 2020 war es dann so weit: 930 Polizeibeamte führten 60 Hausdurchsuchungen in Wien, der Steiermark und Kärnten durch, von denen insgesamt rund 130 Personen betroffen waren (vgl. Parlament 26.3.2021: 10). Den knapp hundert Beschuldigten – teils Personen, teils Verbände – wurden neben Mitgliedschaft in einer Terrororganisation auch Terrorfinanzierung und Geldwäsche vorgeworfen. Im Einsatz waren die Sondereinheiten Cobra und

Wega, die Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS), das Bundeskriminalamt, die Flugpolizei, Sprengstoffexperten und Bargeldspürhunde (vgl. Lorenz/Müller/Scherndl 2020). Innenminister Karl Nehammer war frühmorgens an einem der Einsatzorte in Wien zugegen und ließ sich mit schwerbewaffneten Polizisten des Einsatzkommando Cobra (EKO Cobra) fotografieren. Das sei der »entscheidende Schlag gegen die Muslimbrüderschaft und gegen die Hamas in Österreich« mit dem Ziel, »die Wurzeln des politischen Islam zu bekämpfen«, meinte Nehammer anschließend (vgl. Rauscher 2022). Er selbst sei über die Operation »im zeitlich unmittelbaren Vorfeld der auf Grund des großen Ausmaßes und der deshalb vorhersehbaren medialen Relevanz über diese informiert« worden (Parlament 19.2.2021: 2).

Ursprünglich war der Zugriff unter dem Operationsnamen »Ramses« am 3. November 2020 geplant gewesen. Doch dann ereignete sich in den Abendstunden des 2. November 2020 der bereits erwähnte Terroranschlag in Wien. Dieser zog einen massiven Polizeieinsatz nach sich, weshalb die Operation um eine Woche nach hinten verschoben wurde. Doch am 4. November 2020 enthüllte der FPÖ-Klubobmann und frühere Innenminister, Herbert Kickl, dass unter dem Decknamen »Ramses« eine Antiterrorrazzia »verdächtig« zeitnahe zum Anschlag beabsichtigt worden sei. Nach diesem Leak wurde die Operation von »Ramses« in »Luxor« umbenannt (vgl. Lorenz/Müller/Scherndl 2020). Es wurde auch spekuliert, der Wien-Attentäter habe der Amtshandlung zuvorkommen wollen. Es hieß, ein Dolmetscher könnte die Operation verraten haben (vgl. Heute 2020). In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zu den Hintergründen hielt Nehammer aber dezidiert fest: »Diese Operation [Luxor, Anm. Verfasser] stand in keinem wie immer gearteten Konnex mit dem Anschlag vom 2. November 2020 in Wien« (Parlament 19.2.2021: 2).

Es gab allerdings eine punktuelle Überschneidung: 2019 hatte der spätere Attentäter Fejzula in der Justizanstalt Hirtenberg Ishaq S. kennengelernt, der ebenfalls wegen IS-Anhängerschaft verurteilt worden war. S. war es, der Fejzula über einen Kontaktmann die Verbindung zu einem Slowenen herstellte. Von dem kaufte Fejzula im Juni 2020 jenes Sturmgewehr und die Munition, die er dann wenige Wochen später beim Anschlag verwendete. Den Ermittlern erzählte S. später, »dass der Attentäter ohne sein Zutun niemals die Tatwaffe erlangt hätte« (Thalhammer 17.08.2021). Der Vater von S. wiederum soll im »Umfeld der Muslimbruderschaft« agiert haben und wurde im Ermittlungsakt zur Operation Luxor erwähnt. Er soll 2013 gemeinsam mit seinem damals 13-jährigen Sohn an einer Demonstration in Wien gegen das ägyptische Militärregime teilgenommen haben (vgl. Gaigg/Marchart/Scherndl/Schmid 2021). Der Mann ist aber kein Beschuldigter und dürfte eher der salafistischen Strömung zuzurechnen sein (vgl. Thalhammer 17.08.2021).

Während die Ermittlungen in Sachen Operation Luxor mit großem Ressourcenaufwand betrieben wurden, zeigt die Rückschau im Falle des Wiener Attentäters ein anderes Bild. Dessen Radikalisierung und die Tatvorbereitungen entgingen den Be-

hörden nicht. Aber es waren punktuelle Wahrnehmungen, die zu keinem Zeitpunkt zu einem Gesamtbild zusammengefügt wurden. Erste Informationen über Fejzula erhielt das Heeresnachrichtenamt (HNaA), der militärische Auslandsnachrichtendienst, im Jahr 2018 und leitete diese an das BVT weiter. Fejzula war 2019 nach Paragraph 278b des Strafgesetzbuches (»terroristische Vereinigung«) zu 22 Monaten Haft verurteilt und im Dezember 2019 unter Auflagen vorzeitig entlassen worden. Noch Ende 2019 kam es zu einer sogenannten »Gefährderansprache« durch das LVT Wien. Damit ist eine präventive Maßnahme gemeint, die dazu dient, verdächtigen Personen aufzuerlegen, zu einem bestimmten Zeitpunkt persönlich auf einer Polizeidienststelle zu erscheinen, um dann von einem ausgebildeten Präventionsbeamten über rechtskonformes Verhalten belehrt zu werden. Im Falle von Fejzula zeigte sich dieser unkooperativ (vgl. Gaigg/Schmid 2020). Er wurde am 19. Dezember 2019 in das RADAR-iTE aufgenommen. Dabei handelt es sich um ein in Deutschland entwickeltes Instrument zur einheitlichen Bewertung des Gewaltrisikos von »Gefährdern«. Wegen deren hoher Anzahl im Vergleich zur personellen Ausstattung erfolgte eine definitive Erstbewertung von Fejzula aber erst zehn Monate später (Bundesministerium für Inneres 2020: 11).

Zwischen dem 16. und 20. Juli 2020 trafen sich in Wien Jihadisten aus Österreich, der Schweiz und Deutschland. Auf Ansuchen der deutschen Behörden wurde diese Zusammenkunft vom BVT observiert. Fejzula wurde als Teilnehmer noch während der Überwachung identifiziert (vgl. puls24.at 2021). Er wurde als »Kontakt- oder Begleitperson« eingestuft (vgl. Gaigg 2021). Nur einen Tag nach dem Treffen, am 21. Juli 2020, fuhr Fejzula mit einem Bekannten nach Bratislava, wo sie erfolglos versuchten, in einem Waffengeschäft Munition für eine AK-47 zu kaufen. Insgesamt aufgenommene Bilder von ihrem Fahrzeug und aus der Überwachungskamera wurden an die slowakische Polizei übergeben. Diese informierte das BVT am 29. Juli 2020. Dort konnte man aufgrund von Personalmangel erst ab dem 19. August 2020 den Hinweisen nachgehen. Aufgrund der Identifikation des Kennzeichens wurde die Angelegenheit an das Wiener LVT weitergegeben (vgl. Hoisl 2022). Dort landete der Fall am 24. August 2020. Tags darauf hatte einer der Ermittler bereits »die leise Vermutung«, dass es sich bei einer der beiden Personen um Fejzula handeln könne. Eine Observation wurde nahegelegt, doch die Vorgesetzten des Ermittlers meinten, »dass dies in diesem Stadium noch nicht erforderlich wäre, man möge die Abklärung mit der Slowakei abwarten und dann werde man weitere Maßnahmen beraten« (puls24.at 2021). Zwischenzeitlich wurde die RADAR-iTE-Gefährdungseinschätzung von Fejzula »auf die unterste Stufe eines hohen Risikos angehoben« (Bundesministerium für Inneres 2020: 18).

Es dauerte bis zum 20. Oktober 2020, ehe die Antwort aus der Slowakei eintraf und Fejzula als mutmaßlichen Käufer auswies. Noch am selben Tag und am darauffolgenden 21. Oktober 2020 tagte dann die Steuerungsgruppe des RADAR-iTE und diskutierte Maßnahmen zu 34 islamistischen »Gefährdern«, darunter auch zu Fej-

zula. Bezuglich seiner Person wurde festgelegt, dass das LVT Wien weitere Erhebungen durchführen sollte, um die Identität von Fejzulas Begleiter in Bratislava festzustellen »und dann dem BVT zu berichten«. Diese Erhebungen hätten in Form einer Gefährderansprache stattfinden sollen (vgl. puls24.at 2021). Die Konfrontation von Fejzula wurde »aber aufgrund der damals längst anstehenden Großoperation ›Ramesses‹ und der damit gebundenen Ressourcen auf nach dem 3. November verschoben«, heißt es im Zwischenbericht der unabhängigen Untersuchungskommission, die die Vorgänge rund um den Terroranschlag aufgeklärt hat (vgl. BMI 2021: 18). Ein Grund für die Verschiebung war die Sorge der Ermittler, dass die Maßnahme wegen »der bekannten intensiven Vernetzung der Personen der Islamistenszene« die Durchführung der Großoperation hätte gefährden können vgl. Gaigg/Marchart/Scherndl/Schmid 2021).

Fazit

Die Operation Luxor war als großer Schlag gegen den »politischen Islam« konzipiert. Das stellte sich im Nachhinein als tragische Fehlentscheidung heraus. Man hatte sich zu sehr auf Organisationen wie die Muslimbruderschaft fokussiert und dem Terrorrisiko, das von Einzeltätern und losen Netzwerken ausging, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Eben diese Priorisierung und die damit verbundenen Ressourcenzuwendungen lassen sich ohne Entscheidung auf politischer Ebene und mögliche Einwirkung dritter Interessen kaum erklären. Entsprechende Aufklärung – etwa im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses – wäre daher nicht nur aus demokratiepolitischer Sicht angemessen.

Literatur

- Andreas, Peter (2004): The Clandestine Political Economy of War and Peace in Bosnia. In: International Studies, März 2004, 29–51.
- Apfl, Stefan (2007): Die gefährlichste Adresse Österreichs. In: Die Zeit, 17. Mai.
- Bachner, Michael (2022), Kurz jetzt Beirat in Nahost-Institut von Trump-Schwiegersohn. In: Kurier, 19. November.
- Binder, Stefan (2014): Terrorexperte: »Ohne Kontakte kommt man nicht nach Syrien«. In: Der Standard, 12. November.
- Bischof, Daniel (2022): Burger mit Wodka. In: Wiener Zeitung, 22. Januar.
- Bundesministerium für Inneres (2014): Verfassungsschutzbericht 2014, URL: https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/Verfassungsschutzbericht_2014_Berichtszeitraum_2013.pdf (letzter Zugriff: 3.10.2022).

- Bundesministerium für Inneres (2020): Zwischenbericht der Untersuchungskommission zum Terroranschlag vom 2. November, URL: <https://www.bmi.gv.at/Downloads/Zwischenbericht.pdf> (letzter Zugriff: 10.10.2022).
- Clarke, Richard A. (2004): Against all Enemies. Inside America's War on Terror, New York.
- Ehl, David (2021): Wer ist die Hamas und wer unterstützt sie? In: dw.com, 15. Mai, URL: <https://www.dw.com/de/wer-ist-die-hamas-und-wer-unterst%C3%BCtzt-sie/a-57536236> (letzter Zugriff: 6.10.2022).
- Entous, Adam (2021): Vienna is the new Havana syndrome hotspot. In: The New Yorker, 16. Juli (Übersetzung Autor).
- Gaigg, Vanessa (2021): Nach Klage von Angehöriger: Republik bestreitet Schuld an Terroranschlag. In: Der Standard, 23. April.
- Gaigg, Vanessa/Schmid, Fabian (2020): Terror-Untersuchungskommission kritisiert Verfassungsschutz drastisch. In: Der Standard, 23. Dezember.
- Gaigg, Vanessa/Marchart, Jan Michael (2021): Wie Ermittler über ein angebliches Nazi-Treffen zu den Muslimbrüdern gelangten. In: Der Standard, 10. Februar.
- Gaigg, Vanessa/Marchart, Jan Michael/Scherndl, Gabriele/Schmid, Fabian (2021): Vorbestrafter Freund vernetzte Wien-Attentäter mit Waffenhändler. In: Der Standard, 16. August.
- Gepp, Joseph (2015): Ein Iman aus Meidling. In: Falter, Nr. 4, 12f.
- Hafez, Farid (2022): Islamophobia in Austria. National Report. In: Bayrakli, Enes/Hafez, Farid (Hg.): European Islamophobia Report 2021, Wien, 75–102.
- Hamann, Sibylle/Vašek, Thomas (1999): Sie wissen, was sie tun. In: profil, 1. März, 68.
- Heumann, Pierre (2018): Trump erklärt Hamas-Chef zum globalen Terroristen. In: Handelsblatt, 1. Februar.
- Hoisl, Thomas/Meinhart, Edith/Neuhold, Clemens (2021): »Egal was kommt, ich freue mich«. In: profil, Nr. 19, 18ff.
- Hoisl, Thomas (2021): Radikale Signale. In: profil, Nr. 19, 20f.
- Ichner, Bernhard (2021): Gericht erklärt Moscheeschließungen für rechtswidrig. In: Kurier, 23. April.
- Kirkpatrick, David D. (2023): The Dirty Secrets of a Smear Campaign. In: The New Yorker, 27. März.
- Klenk, Florian (2022): Ein Staatsanwalt außer Kontrolle. In: FALTER.MORGEN, 2. Mai, <https://www.falter.at/zeitung/20220502/ein-staatsanwalt-ausser-kontrolle> (letzter Zugriff: 12.10.2022).
- Knittelfelder, Klaus (2020): Inside Türkis. Die neuen Netzwerke der Macht, Wien.
- Kocina, Erich (2019): Moscheen rechtswidrig geschlossen. In: Die Presse, 14. Februar.
- Konzett, Eva (2022): Zwei Jahre ihres Lebens. In: Falter, Nr. 45/2022, 20–22.
- Lackner, Herbert/Meinhart, Edith/Wölfel, Adelheid (2001): Der Fundi-Fonds von Wien. In: profil Nr. 39, 48–50.

- Lorenz, Laurin/Müller, Walter/Scherndl, Gabriele (2020): Razzien bei der Muslimbruderschaft: Wie aus »Ramses« die Operation »Luxor« wurde. In: Der Standard, 9. November.
- Marchart, Jan Michael (2021): Nach umstrittenen Ermittlungen in Österreich plötzlich Haft in Ägypten. In: Der Standard, 13. August.
- Marchart, Jan Michael (2022): Abhöraktion der Operation Luxor kostete Steuerzahler bisher halbe Million Euro. In: Der Standard, 21. April.
- Marchart, Jan Michael (2022): Umstrittene Razzien gegen angebliche Muslimbrüder werden Thema im ÖVP-U-Ausschuss. In: Der Standard, 18. Juli.
- Marchart, Jan Michael (2022): Nehammers Operation Luxor gegen angebliche Muslimbrüder hängt seit zwei Jahren in der Luft. In: Der Standard, 9. November.
- Marchart, Jan Michael (2023): Verfahren gegen Österreichs angeblichen Muslimbrüder-Anführer eingestellt. In: Der Standard, 8. Januar.
- Meinhart, Edith/Treichler, Robert (2004): Leben und leben lassen. In: profil, Nr. 3, 26–29.
- Meinhart, Edith/Treichler, Robert (2005): Auf die milde Tour. In: profil, Nr. 28, 108.
- Nikbakhtsh, Michael (2001[a]): Schmutziges Geld. In: profil, Nr. 40, 56–59.
- Nikbakhtsh, Michael (2001[b]): Youssefs Vernaderung. In: profil, Nr. 46, 59.
- Nowak, Rainer (2005): Österreich, die Insel der seligen Terroristen? In: Die Presse, 14. Juli.
- Nowak, Rainer (2014): So harmlos scheint Österreich nicht zu sein. In: Die Presse, 29. November.
- Parlament (2021), Anfragebeantwortung 4744/AB XXVII. GP – 19.02.2021, URL: [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_04744/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_04744/index.shtml) (letzter Zugriff: 12.9.2022).
- Parlament (2021), Anfragebeantwortung, 5246/AB XXVII. GP – 26.03.2021, URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_05234/index.shtml (letzter Zugriff: 10.6.2022).
- Parlament (2021), Anfragebeantwortung 5234/AB XXVII. GP – 02.04.2021, URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_05234/index.shtml (letzter Zugriff: 12.6.2022).
- Philippin, Yann/Rouget, Anton (2023): Leaked data shows extent of UAE's meddling in France. In: Mediapart, 4. März.
- Rauscher, Hans (2022): »Operation Luxor«: Entscheidender (Fehl-)Schlag. In: Der Standard, 20. September.
- Polli, Gert-René (2022): Schattenwelten: Österreichs Geheimdienstchef erzählt, Graz.
- Reibenwein, Michaela/Oezelt, Nina (2021): Wien-Attentäter hatte Nobelrestaurant im Visier. In: Kurier, 27. April.
- Rief, Norbert/Bitzan, Gerhard (2001): Terroristen in Österreich: Büro der Abu-Nidal-Gruppe. In: Die Presse, 14. September.

- Riegler, Thomas (2011): Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973–1985, Göttingen.
- Riegler, Thomas (2012): Ein österreichischer Weg: Die Reaktion auf den internationalen Terrorismus der 1970er und 80er Jahre. In: *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies*, Nr. 1, 139–157.
- Riegler, Thomas (2021): »So viele Juden als nur möglich umbringen, vernichten und auslöschen«: Der Wiener Synagogenanschlag 1981. In: *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies*, Nr. 2, 196–222.
- Sales, Nathan A. (2021): Counterterrorism in the Trump Administration and Beyond, Remarks, 14. Januar, URL: <https://2017-2021.state.gov/counterterrorism-in-the-trump-administration-and-beyond/index.html>
- Schliefsteiner, Paul (2018): Bedroht aber selten betroffen: Zur Entwicklung der Gefährdungslage durch radikal-islamischen und dschihadistischen Terrorismus in Österreich. In: Jost, Jannis/Hansen, Stefan/Krause, Joachim (Hg.): *Jahrbuch Terrorismus 2017/18*, Leverkusen, 177–209, URL: https://acipss.org/wp-content/uploads/2020/12/Mansukrip-Schliefsteiner_Bedroht-aber-selten-betroffen-Ueberarbeitung-31-August.pdf (letzter Zugriff: 1.10.2022).
- Schmid, Fabian (2019): Angst vor russischem Zugriff auf BVT. In: *Der Standard*, 9. April.
- Schmid, Fabian (2021): Ermittlungen, Landkarten, EU-Abstimmungen: Der türkise Kampf gegen den »politischen Islam«. In: *Der Standard*, 17. Juni.
- Schmid, Ulla/Staudinger, Martin (2004): Stille Signale. In: *profil*, Nr. 13, 26–29.
- Schwaiger, Rosemarie (2021): Ziemlich beste Freunde: Sebastian Kurz und sein Draht nach Israel. In: *profil.at*, 9. März, URL: <https://www.profil.at/oesterreich/ziemlich-bestе-freunde-kanzler-kurz-auf-besuch-bei-netanjahu/401211694> (letzter Zugriff: 10.8.2022).
- Shane, Scott (2015): Moussaoui calls Saudi Princes Patrons of Al Qaeda. In: *The New York Times*, 3. Februar.
- Sika, Michael (2000): Mein Protokoll. Innenansichten einer Republik, München.
- Staatsanwaltschaft (StA) Graz, Anordnung der Sicherstellung, 16 St 52119t, ON 263.
- Steinberg, Gudio (2014): Al-Qaidas deutsche Kämpfer. Die Globalisierung des islamistischen Terrorismus, Hamburg.
- Steinberg, Gudio (2021): Dschihadismus in Österreich, Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 17, URL: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/dschihadismus-in-oesterreich>
- Sulzbacher, Markus (2021): Österreichischer Antisemitismusbericht: »Ein Jahr im Zeichen der Gewalt«. In: *Der Standard Watchblog*, 26. April, URL: <https://www.derstandard.at/story/2000126149916/oesterreichischer-antisemitismusbericht-ein-jahr-im-zeichen-der-gewalt> (letzter Zugriff: 13.5.2021).
- Thalhammer, Anna (2021): Muslimbruderschaft: Anzeigen im BVT gegen Vorgesetzte. In: *Die Presse*, 17. Juni.

- Thalhammer, Anna (2021): Operation Luxor: Rechtswidrige Razzien. In: Die Presse, 4. August.
- Thalhammer, Anna (2021): Wie der Wiener Terrorist zu den Tatwaffen kam. In: Die Presse, 17. August.
- Thalhammer, Anna (2022): Operation Luxor: Ermittlungen zerbröseln. In: Die Presse, 29. Juni.
- Thalhammer, Anna (2023): Nehammers Operation Debakel. In: profil, Nr. 14, 10–15.
- U.S. Department of the Treasury (2003): U.S. Designates Five Charities Funding Hamas and Six Senior Hamas Leaders as Terrorist Entities, 22. August, URL: <https://home.treasury.gov/news/press-releases/js672> (letzter Zugriff: 5.10.2022).
- Wetz, Andreas (2014): Bosnien-Connection: Al Qaidas Netzwerk in Österreich. In: Die Presse, 28. November.
- Wölfl, Adelheid (2014): Angst vor Jihad-Rückkehrern in Bosnien. In: Der Standard, 19. November.
- Zarinfard, Sahel (2021): Der Anschlag. In: Datum, Nr. 5, 54–65.

Quellen ohne Autorenangaben

- Anschlag in Wien: Protokoll des Versagens. In: puls24.at, 13.09.2021. URL: <https://www.puls24.at/news/chronik/anschlag-in-wien-protokoll-des-versagens/243948> (letzter Zugriff: 17.9.2021).
- Bundesheer kooperiert mit US-Nationalgarde. In: Der Standard, 13.05.2022.
- Das Gespenst der Muslimbrüder. In: profil, Nr. 67/2020, 20ff.
- Der Waffen-Tiger. In: profil, Nr. 39/2001, 50.
- Freundschafts-»Bim« und heikle Diplomatie. In: orf.at, 14.08.2020, URL: <https://orf.at/stories/3177446/> (letzter Zugriff: 16.10.2022).
- Geschlossene Moschee wieder offen. In: orf.at, 11.04.2021, URL: <https://wien.orf.at/stories/3098711/> (letzter Zugriff: 18.6.2022).
- Kein Kontakt zu Terroristen. In: profil, 30.08.2003, URL: <https://www.profil.at/home/interview-kein-kontakt-terroristen-63656> (letzter Zugriff: 16.5.2022).
- »Keine heile Welt«. In: profil, Nr. 3/2004, 27.
- Kurz im Weißen Haus: Warum Trump Österreich im Auge hat. In: Kurier, 23.02.2020.
- Kurz ließ aus Solidarität israelische Flagge auf Bundeskanzleramt hissen. In: Der Standard, 14.05.2021.
- Kurz lobt Trump für »zum Teil sehr erfolgreiche Außenpolitik«. In: Kurier, 16.02.2019.
- Österreich ist eine gute Basis für Muslimbrüder. In: Kurier, 11.11.2014.
- Österreich vereinbart ungewöhnliche Kooperation mit US-Nationalgarde. In: Der Standard, 15.08.2020.

- Sobotka prüft neuen Inlandsgeheimdienst. In: orf.at, 28.09.2017, URL: <https://orf.at/v2/stories/2408931/> (letzter Zugriff: 18.7.2022).
- Team Kurz wollte »fremdenrechtliche Knaller« von Innenministerium. In: Der Standard, 20.01.2022.
- Trump cuts more than \$200 million in U.S. aid to Palestinians. In: reuters.com, 24.08.2018, URL: <https://www.reuters.com/article/us-usa-palestinians-idUSKCN1L923C> (letzter Zugriff: 15.10.2022).
- Trump lobt »jungen Mann« Kurz und sieht »großartige« Beziehung. In: Tiroler Tageszeitung, 21.02.2019.
- Trump praises Qatar's efforts on combating terrorist financing. In: BBC News, 11.04.2018, URL: www.bbc.com/news/world-middle-east-43724576 (letzter Zugriff: 7.10.2022).
- Trump: U.S. to remove Sudan from state terrorism sponsors list after payment to victims. In: reuters.com 19.10.2020, URL: <https://www.reuters.com/article/us-sudan-usa-idUSKBN2742BE> (letzter Zugriff: 14.9.2022).
- U.S. Designates Five Charities Funding Hamas and Six Senior Hamas Leaders as Terrorist Entities, 22.08.2003, URL: <https://home.treasury.gov/news/press-releases/js672> (letzter Zugriff: 23.7.2022).
- Wie Mike Pompeo an einem Tag fast ganz Wien besuchte. In: Der Standard, 14.08.2020.
- Wusste Attentäter von Anti-Terror-Operation »Ramses«?. In: Heute, 04.11.2020.
- »Zusammen. Für unser Österreich«. Regierungsprogramm 2017–2022, URL: https://www.wienerzeitung.at/_em_daten/_wzo/2017/12/16/171216_1614_regierungsprogramm.pdf (letzter Zugriff: 10.10.2022).